

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 32 (1991)
Heft: 20

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Probleme sind geblieben

Wenn man dies berücksichtigt und zudem bedenkt, dass die Probleme, die zum Staatsstreich geführt haben, eigentlich geblieben sind (Machteinbusse des Parteiapparates, Prestige- und Privilegienverlust der Armee- und KGB-Führung, Wirtschaftskrise, Nationalitätenprobleme und Zerfall der Union) und die Machtstrukturen in vielen Bereichen und Regionen weiterbestehen, so ist die Wiederholung oder Fortsetzung des Putsches programmiert.

Eine Wiederholung im Zentrum (Moskau oder Petersburg) ist allerdings kaum möglich. Sie ist aber an der Peripherie, in der Provinz durchaus denkbar. Dort, in den Randrepubliken, in einzelnen Gebieten und Regionen sind einerseits die wirtschaftlichen Verhältnisse noch schlimmer als im Zentrum, und andererseits sind die Beziehungen und Abhängigkeiten zwischen den Parteifunktionären, den Wirtschaftsführern und der Armee- und KGB-Spitze noch immer sehr eng.

Putsche haben Tradition

Es gibt solche Beispiele auch in der Geschichte der Sowjetunion. Die ganze «Weisse Bewegung» General Denikins im Bürgerkrieg 1918–21 entstand nicht im Zentrum, sondern in den Randgebieten des Landes: in Südrussland, am Don, in Sibirien. Bekannt sind auch Gegenregierungen: Diejenigen General Wrangels auf der Halbinsel Krim und Admiral Koltschaks in Sibirien. Offiziere der Zarenarmee und andere Verteidiger der alten Ordnung strömten aus ganz Russland zu diesen Widerstandszentren in den Randgebieten.

Arbeitslose Parteifunktionäre und unzufriedene Offiziere würden sich auch jetzt um die lokalen Putschisten scharen. Ansätze zu einer solchen Entwicklung gibt es heute schon: In Tadschikistan hat das kommunistisch beherrschte Parlament Präsident Asl

now abgesetzt und die verbotene Kommunistische Partei wieder legalisiert. In Usbekistan erklärte Präsident Karimow, dass seine Republik zu demokratischen Reformen nicht bereit sei, dass er gegen das Verbot der KP sei und dem chinesischen Modell folgen werde.

Eine pessimistische Stimme

In diesen Fällen geht es in Wirklichkeit nicht um die politischen Ziele der Moskauer Putschisten, sondern um die Aufrechterhaltung der feudalistisch-korrupten nationalen Machtstrukturen. Grundsätzlich könnte ein ähnliches Widerstandszentrum mit anderen Vorzeichen (echte Leninisten, Anarchosozialisten oder russisch superpatriotische «Landesretter») entstehen. In allen Fällen, das zeigen auch die Beispiele Tadschikistans und Usbekistans, würden dabei mehr oder weniger offen die immer noch bestehenden Parteistrukturen und Parteiseilschaften eine bedeutende Rolle spielen.

Der bekannte Publizist und politische Beobachter Igor Bestuschew-Lada schrieb kürzlich («Nedelja», 8. 9. 1991): «Man muss nicht Futurologe sein, um die zwangsläufige Wiederholung des Putsches vorauszusagen: spätestens in einigen Monaten. Dann aber ohne die selbstmörderische Dummheit... SIE sind noch da. SIE bleiben in ihren Stellungen und warten auf die Gelegenheit. SIE werden auf jeden Fall angreifen, weil sie die politische Bühne nicht kampflos verlassen werden. SIE werden wieder versuchen, ein Blutbad anzurichten, um selbst zu überleben».

Ein düsteres Bild, ein schreckliches Bild. Man muss es aber vor Augen halten, damit es in der Sieges euphorie nicht Wirklichkeit wird. Damit die Hand des begnadeten Cellisten und Dirigenten M. Rostropowitsch den Taktstock und nicht wie hier abgebildet den Lauf des Sturmgewehrs umfasst. ■

IN KÜRZE

Bulgarien am Kreuzweg

Die Bulgaren wählen am 12./13. Oktober vorzeitig eine neue Nationalversammlung, das Parlament. Es sind gewissermassen Schicksalswahlen:

Bei den ersten (halbwegs) freien Wahlen im Juni 1990 errangen die Kommunisten die absolute Mehrheit. Die Kommunisten etikettieren sich Sozialisten. Bedeutendste Oppositionsgruppierung ist die Union der Demokratischen Kräfte (UDK), der über 16 Parteien und Bewegungen angehören. Ziel der Union ist es, die Kommunisten aus allen Regierungs- und Verwaltungsposten zu vertreiben. Seit vergangenem Dezember hat Bulgarien eine Übergangsregierung, der zwar auch UDK- und unabhängige Minister angehören, aber an den wirklichen Schalthebeln der Macht sitzen nach wie vor die Kommunisten. Vor allem zwei «Instrumente» halten sie fest in Händen, die Armee und den gefürchteten Staatssicherheitsdienst.

Die bulgarischen Kommunisten gehörten zusammen mit Saddam Hussein, Yassir Arafat, Muammar el-Ghaddafi, Alvaro Cunhal, Georges Marchais und anderen zu jenen, die am 19. August jubelten, als im Kreml konspirative KPdSU-Konservative zeitweilig die Macht ergriffen. Das wird die Kommunisten jetzt Wählerstimmen kosten, aber gleichwohl dürften sie dreissig Prozent der Stimmen erhalten. Ungebrochen ist die Kontrolle der Kommunisten auf dem Lande. Die Städte gehören der Opposition. Insgesamt bewarben sich 43 Parteien, darunter auch einige Tarnparteien der Kommunisten, um Sitze in der Nationalversammlung.

Die Opposition ist zersplittert, und auch die UDK bekundet Mühe, die Reihen zu schliessen. Das ist die Stärke der Kommunisten, von denen auch zu hören ist, «man» habe Blut vergossen, um an die Macht zu gelangen, und kampflos werde «man» diese nicht aufgeben.

In der Tat, ihr Erbe ist schwer. Die Kommunisten kamen im September 1944 mit Hilfe der Roten Armee an die Macht. Bis 1948 hatten sie alle politischen Gegner, die Intelligenz des Landes, Unternehmer und sich nicht beugende Bauern «physisch liquidiert», über eine Viertelmillion Menschen. Und diese Vergangenheit hat man in Bulgarien noch nicht bewältigt. (j.b.)

INHALTE KURZ AUS DER SOWJETPRESSE

Kein Grund zur Feier

Nachdem Verteidigungsminister E. Schaposchnikow beschlossen hat, am 7. November keine Militärparade in Moskau abzuhalten, wird in der Öffentlichkeit darüber diskutiert, ob man die Oktoberrevolution überhaupt feiern und der 7. November weiterhin als Nationalfeiertag gelten soll. «Eine Union wie früher gibt es nicht mehr. Mit ihrem Verschwinden sind auch ihre Attribute verschwunden, ideologische, geopolitische, historisch-symbolische. In diesem Sinn ist der Verzicht auf die Feier des 7. November eine gesetzmässige und zwangsläufige Folge der Ereignisse. («Iswestija», 19.9.1991)

Die Verteidiger der Angreifer

An einer Pressekonferenz wurden die Strafverteidiger der angeklagten Putschisten vorgestellt. Dies sind für V. Pawlow – A. Galoganow, für J. Boldin – J. Borowkow, für W. Krjutschkow – J. Iwanow, für D. Jasow – N. Petschenkin, für A. Lukjanow – A. Hofstein, für W. Gruschko – A. Kligman. Die Advokaten haben sich darüber beschwert, dass ihnen nicht alle Unterlagen der Anklage zur Verfügung gestellt und dass die Medien über ihre Mandanten einseitig und im Sinne einer Vorverurteilung berichten würden. («Iswestija», 18.9.1991)